

DAB REGIONAL

Berlin	3
Brandenburg	18
Mecklenburg- Vorpommern	27
Sachsen	31
Sachsen-Anhalt	38
Thüringen	44

IMPRESSUM

Architektenkammer Berlin. Alte Jakobstraße 149, 10969 Berlin, Telefon: 030 293307-0, Verantwortlich: Dipl.-Ing. Torsten Förster, Geschäftsführer; Präsidentin Dipl.-Ing. Christine Edmaier

Brandenburgische Architektenkammer. Kurfürstenstraße 52, 14467 Potsdam, Telefon 0331 27591-0, Verantwortlich: Dipl.-Architektin Beate Wehke; Präsident Dipl.-Ing. Christian Keller

Architektenkammer Mecklenburg-Vorpommern. Alexandrinenstraße 32, 19055 Schwerin, Telefon 0385 59079-0, Verantwortlich: RAin Katrin Patynowski; Präsident Dipl.-Ing. Christoph Meyn

Architektenkammer Sachsen. Haus der Architekten, Goetheallee 37, 01309 Dresden, Telefon 0351 31746-0, Verantwortlich: RAin Jana Frommhold (Syndikusrechtsanwältin), Geschäftsführerin; Präsident Andreas Wohlfarth, Freier Architekt

Architektenkammer Sachsen-Anhalt. Fürstenwall 3, 39104 Magdeburg, Telefon 0391 536110, Verantwortlich: Petra Heise, Geschäftsführerin; Präsident Prof. Axel Teichert

Architektenkammer Thüringen. Bahnhofstraße 39, 99084 Erfurt, Telefon 0361 210500, Verantwortlich: Dipl.-Ing. M. Sc. Architekt Ulf Pleines, Geschäftsführer; Präsident Dr.-Ing. Hans-Gerd Schmidt, Freier Architekt BDA

Verlag, Vertrieb, Anzeigen: planet c GmbH (siehe Impressum/Mantelteil). Verantwortlich für den Anzeigenteil Dagmar Schaafs, Telefon 0211 54227-684, E-Mail d.schaafs@planetc.co.

Druckerei: Bechtle Graphische Betriebe u. Verlagsgesellschaft GmbH & Co. KG, Zeppelinstraße 116, 73730 Esslingen

Das DABRegional wird allen Mitgliedern der Architektenkammern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zugestellt. Der Bezug des DABRegional ist durch den Mitgliederbeitrag abgegolten.

Warum jede Krise eine Chance und die HOAI jetzt umso wichtiger ist

Text: Christine Edmaier

Als „Printmedium“ ist das Deutsche Architektenblatt bereits einige Tage alt, wenn Sie es in Ihren Händen halten und wir können uns deswegen sparen, hier irgendwelche neuen Meldungen zur Corona-Krise zu platzieren; dazu schauen Sie lieber auf unsere stets aktuelle Website. Aber wenn wir den ganzen Tag digital und am Telefon unterwegs sind, haben wir abends vielleicht Zeit und Lust auf ein bisschen ganz real bedrucktes Papier, das Deutsche Architektenblatt.

Wir im Vorstand der Berliner Architektenkammer sehnen uns jedenfalls nach der letzten, beinahe sechsstündigen Sitzung mit heißen Ohren am Telefon schon jetzt wieder nach einer „Präsenz-Sitzung“ zurück. Dennoch haben wir gelernt, dass es zur Not auch anders geht. Das ist jedenfalls besser, als alles ausfallen zu lassen. Dasselbe gilt – da bin ich sicher – für unsere Planungsbüros und die Abstimmung mit Auftraggebern, Planungsbeteiligten, Baufirmen und hoffentlich auch mit den Behörden! Wir haben uns entschieden, unsere ganz reguläre Arbeit an wichtigen berufspolitischen Themen fortzusetzen: Vergaberecht, Bauausstellung Berlin-Brandenburg oder die kommenden Wahlen in der Bundesarchitektenkammer und mit unseren Mitteln dafür zu kämpfen, dass die unvermeidlichen Auswirkungen der Sicherheitsmaßnahmen auf unseren Berufsstand möglichst gering bleiben. Weitermachen so gut es geht!

Daneben machen wir uns Gedanken darüber, ob und in welcher Form unsere geplanten Veranstaltungen und Fortbildungen stattfinden können. Inhaltlich werden sie jedenfalls weiter vorbereitet, beispielsweise der Tag der Architektur, das Architektur- bzw. Stadtquar-

tett und unser Sommerfest. Da ist Kreativität und Flexibilität gefragt. Die Eröffnung der da-Ausstellung hatten wir gerade noch kurz vor den Versammlungsverboten, nach reiflicher Überlegung und unter Beachtung der hygienischen Bestimmungen mit großem Erfolg durchführen können. Vielen wird das als das letzte Event vor der großen Absagewelle in Erinnerung bleiben. Wir freuen uns darauf, uns zu gegebener Zeit wieder in einem solchen Rahmen treffen zu können.

Was trotz aller Gegenmaßnahmen absehbar ist: Es wird einen Auftragseinbruch für Planungsbüros geben und bei vielen wird es an die Existenz gehen. Vielleicht ist das nicht sofort für alle spürbar, aber die mittelfristigen Auswirkungen sind vorhersehbar. Neben kurzfristigen Hilfen durch die öffentliche Hand ist es deswegen jetzt erforderlich, auch die Zukunft der Planungslandschaft im Blick zu behalten. Gerade in Zeiten erleichterter Vergabevorschriften bei gleichzeitigem Auftragsmangel muss verhindert werden, dass Aufträge allein nach Preis vergeben werden anstatt nach Leistungsfähigkeit und Qualität. Genau darauf zielt die soeben gemeinsam

mit der Bundesarchitektenkammer gestartete Kampagne für die Weiter-Anwendung der HOAI und gegen Dumping-Preise. Wir bitten alle unsere Mitglieder sich zu beteiligen und damit aktiv ein Zeichen für Qualität zu setzen. Gerade jetzt können wir offensiv für eine gerechte Bezahlung eintreten. Die Kampagne richtet sich auch und nicht zuletzt an unsere Mitglieder auf Auftraggeberseite. Diese haben selbst großes Interesse daran, gute Planungspartner zu finden und dabei nicht über Honorare verhandeln zu müssen. Gemeinsam muss es uns gelingen, auch in Zeiten, in denen vieles anders zu sein scheint als gewohnt, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine gute Planungskultur zu sichern.

Unser Berufsstand kann jetzt nicht genug auf die offen liegenden Bedürfnisse unserer Gesellschaft hinweisen: Wir brauchen eine gute digitale Infrastruktur. Wir brauchen aber auch gute Wohnungen, in denen man arbeiten und Zeit verbringen kann, und wir brauchen am Ende wieder attraktive öffentliche Gebäude und Freiräume, in denen wir uns begegnen wollen und können. □



Corona-Informationen im Internet

Hinweise zu arbeitsrechtlichen Aspekten, möglichen Finanzhilfen und Angeboten der Kammer, wie beispielsweise:

Webinare der Architektenkammer

Merklblatt Wettbewerbe und Ausschreibungen

Offener Brief an Katrin Lompscher, Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen

 [ak-berlin.de](https://www.ak-berlin.de)

Corona-Krise: Aktuelle Erfahrungen und Ideen für die Zeit danach

Kurzinterviews mit vier Berliner Architektur- und Planungsbüros

Home-Office könnte das Wort des Jahres werden. Fast alle Bereiche und Berufszweige sind davon betroffen. Sowohl wir als Redaktion und Geschäftsstelle der Architektenkammer Berlin als auch viele große und kleine Architektur- und Planungsbüros machen gerade ihre Erfahrungen mit der Arbeit von zuhause aus. Wie sehen diese aus? Wie gestaltet sich

die Zusammenarbeit mit den Behörden in der Krise und welche Unterstützungen sind für den Berufsstand in der Krise oder auch für die Zeit danach erforderlich? Wir haben Berliner Kammermitglieder befragt, die sich auf einen offenen Brief hin bei der Kammer gemeldet hatten oder als ehrenamtlich Tätige in den Gremien der Kammer mitwirken. Auch die Kammergremien tauschen sich derzeit in ih-

ren virtuellen Sitzungen zur aktuellen Lage aus, abschließend daher ein kurzer Bericht des Arbeitskreises Stadtentwicklung und Partizipation.

Bundesweite Erfahrungsberichte großer Architekturbüros zum Arbeiten im Home-Office:

 dabonline.de

Elise Pischetsrieder, weberbrunner berlin Gesellschaft von Architekten mbH

Aktuelle Projekte: Wir arbeiten an einem Dachausbau in Tempelhof als Erweiterung für eine Kita. Außerdem soll im Juni die Ausführungsplanung, Ausschreibung, Vergabe und Realisierung für einen Kita-Neubau für die Freie Waldorfschule Werder starten. In der Akquisition entwickeln wir Städtebaukonzepte für zwei Wohnquartiere, eine Schwimmhalle, ein Sport- und Erlebniszentrum sowie eine Schule und einen Kindergarten.

Wo merken Sie die Auswirkungen der Corona-Krise am meisten?

Auftraggeber sind aufgrund der allgemeinen Verunsicherung eher abwartend in ihren Investitionen. Nächste Leistungsphasen werden zurückhaltend beauftragt. In Wettbewerben und Studien werden Termine (aus Rücksicht) verschoben, was dazu führt, dass die Planung des Arbeitsprogramms nicht mehr aufgeht und tendenziell mehr Stunden investiert werden. Beides verteuert den Alltag bei weniger Rechnungsstellungen und der erhöhten Gefahr von Zahlungsausfällen.

Welche Erfahrungen machen Sie derzeit bei der Zusammenarbeit mit Behörden?

In den Baubehörden, mit den wir zu tun haben, sind zur Zeit keine Termine mehr vor Ort möglich. Dadurch stocken bei uns zwei Baugenehmigungen.

Wie organisieren Sie die Arbeit im Büro? Welche Erfahrungen machen Sie hierbei?

Wir haben unser Büro bereits 2016 auf virtualisierte Arbeitsplätze umgestellt und seit Ende 2019 auch die ganze Kommunikation digitalisiert. Unser Team ist daher seit Mitte März vollständig im Home Office, um die Ausbreitung der Infektionen zu verlangsamen. Es wird an allen Projekten kontinuierlich weitergearbeitet. Wir müssen allerdings das Tempo an die Auftraggeber und verschobene Besprechungen anpassen. Kollegen brauchen durch die zusätzliche Kinderbetreuung mehr flexible Arbeitszeitleösungen. Wir sehen daher, dass Projekte länger dauern werden und wir haben täglich kurze Team-Besprechungen.

Welche Ideen haben Sie, damit Berlin nach der Krise im Bau- und Planungssektor möglichst schnell und gut weiter machen kann?

Wir sollten die Zeit dringend für Planungsleistungen nutzen. Unser Büro ist vor allem im ur-

banen Holzbau aktiv. Dieser benötigt eine vorausschauende Planung bei dann kurzen Bauzeiten. Diesen Vorteil sollten wir uns unbedingt als Gesellschaft zu Nutze machen, um nach der Krise zügig Gebäude realisieren zu können.

Sind die finanziellen Unterstützungen des Landes Berlin und des Bundes für die Situation der Berliner Architektur- und Planungsbüros ausreichend?

Wir sind sehr dankbar für die politischen und finanziellen Angebote und hoffen, dass diese ausreichen werden, um die Krise zu überbrücken. Es muss ggf. nachgesteuert werden, sollten die bisher erwarteten 5 Wochen des Shutdowns nicht zur Bewältigung der Krise ausreichen,

Kann die Architektenkammer in dieser Situation noch mehr für ihre Mitglieder machen?

Gute, kontinuierliche Informationen und Beratungsangebote für die kleinen und mittelgroßen Büros sind existenziell wichtig, da kaum auch noch zusätzlich Zeit bleibt, alle Instrumente zu verfolgen und Anträge zu schreiben. Wenn dies als Kammer gebündelt verfolgt und mit Empfehlungen an die Büros weitergegeben wird, ist das eine enorme ganz konkrete Hilfe. □

Mirjam Blase, Blase und Karpici Dipl.-Ing. Architekten

Aktuelle Projekte: Studentenapartments, Einfamilienhäuser, Werkstätten und eine Kita

Welche Erfahrungen machen Sie derzeit bei der Zusammenarbeit mit Behörden?

Im Büro merken wir noch keine Auswirkungen, aber die Behörden arbeiten verlangsamt. Uns wurden zudem zu Beginn der Krise zwei

Kitas gestrichen. Sie waren schon monatelang (eine seit Mai) bei der Gesellschaft für Stadtentwicklung gemeinnützige GmbH (GSE) in der Prüfung, ein Zusammenhang mit der Coronakrise ist aber nicht nachweisbar.

Wie organisieren Sie die Arbeit im Büro?

Wir sind nur zu zweit als Ehepaar im Büro und in der Wohnung, also gibt es keine Veränderung. Das große Problem sind die laufenden Baustellen und die Bauleitung. Ich isoliere

mich in Büro und Wohnung, aber mein Partner hat fast täglich Kontakt zu vielen Personen, da diverse Baustellen auf Hochtouren laufen. Die Bauarbeiter halten untereinander oft keinen Abstand. Die Baustellen erreicht er mit dem öffentlichen Nahverkehr, da wir nicht motorisiert sind. Dies stellt eine zusätzliche Gefährdung dar. Es ist sicher nicht wirtschaftsfördernd, die Baustellen zu schließen, sollte aber aus gesundheitlichen Gründen bei steigenden Krankheitszahlen erwogen werden. □

Eike Richter, LA.BAR Landschaftsarchitekten bdlA

Aktuelle Projekte: Unser Büro bearbeitet derzeit Außenanlagen von Wohnungsbauprojekten im Neubau und im Bestand. Außerdem planen wir Außenanlagen von Bildungs- und sozialen Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten sowie kommunale Freiflächen.

Wo merken Sie die Auswirkungen der Corona-Krise am meisten?

Wie eigentlich alle Berlinerinnen und Berliner im normalen Alltagsleben: wegfallende soziale Kontakte, Ausfall des Schulunterrichts etc. Unser Büro und die Baustellen laufen bis jetzt im großen und ganzen ungestört weiter.

Welche Erfahrungen machen Sie derzeit bei der Zusammenarbeit mit Behörden?

Die Erreichbarkeit von Behörden ist derzeit in Teilen eingeschränkt. Bei einigen Auftraggebern und Behörden funktioniert die Arbeit im Home-Office besser, bei anderen nicht so gut. Dies erfordert auf unserer Seite eine recht hohe

Flexibilität, ermöglicht aber auch neue Ansätze der Zusammenarbeit.

Wie organisieren Sie die Arbeit im Büro?

Wir haben die physische Anwesenheit hier im Büro halbiert, indem wir für einige Mitarbeiter Home-Office eingerichtet haben und somit für andere mehr Platz geschaffen haben. Dies klappt über telefonischen Kontakt und über Video-Chats ganz gut, ersetzt jedoch nur bedingt den persönlichen Austausch im Büro.

Welche Ideen haben Sie, damit Berlin nach der Krise im Bau- und Planungssektor möglichst schnell und gut weiter machen kann?

Als Landschaftsarchitekten hoffen wir, dass die aktuelle Gesundheitskrise nicht die weiterbestehende Umwelt- und Klimakrise in den Hintergrund drängt: Die beste Krisen-Vorsorge ist eine an Nachhaltigkeit und Resilienz orientierte Politik. Hier ist noch viel Nachholbedarf in Berlin und es gibt viele Aufgaben für die Stadt und Planer.

Sind die finanziellen Unterstützungen des Landes Berlin und des Bundes für die Situation der Berliner Architektur- und Planungsbüros ausreichend?

Obwohl wir bisher nicht auf Unterstützung angewiesen sind, sind die Erleichterungen beim Kurzarbeitergeld und die Maßnahmen zur Unterstützung kleiner Büros erfreulich. Zu hoffen ist, dass auch nach der Krise genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen und nicht reguläre Programme der öffentlichen Hand, wie „Soziale Stadt“ gekürzt werden müssen.

Kann die Architektenkammer oder das Versorgungswerk in dieser Situation noch mehr für ihre Mitglieder machen?

Von der Kammer erhoffen wir uns gute, tagesaktuelle Informationen über die Auswirkungen der Krise. Wichtig fänden wir, dass die Kammer auch unter den erschwerten Bedingungen weiterfunktioniert, zum Beispiel im Fortbildungsbereich. Das Versorgungswerk sollte weiter darauf achten, gut und nachhaltig für seine Mitglieder und die Gesellschaft zu wirtschaften. □

Hanns-Peter Wulf, BOLWIN | WULF Architekten Partnerschaft mbB

Aktuelle Projekte: Derzeit vornehmlich Projekte für öffentliche Auftraggeber, vom Neubau einer Jugendfreizeiteinrichtung in Spandau bis zur Komplettsanierung eines Rathausflügels in Kassel.

Wo merken Sie die Auswirkungen der Corona-Krise am meisten und welche Erfahrungen machen Sie derzeit bei der Zusammenarbeit mit Behörden?

Die grundsätzliche Thematik des öffentlichen Bauherrn zeigt sich jetzt überdeutlich: Niemand wagt zu entscheiden. Teilweise werden fällige Rechnungen und anstehende Weiterbeauftragungen nicht bearbeitet oder aktuelle Unsicherheiten zu den kommunalen

Budgets auf die Planer abgewälzt. So werden Vorgaben für den Baustellenbetrieb nicht gemacht, um „Schaden von der Stadt abzuwenden“. Dies führt zu eigentlich vermeidbaren Unsicherheiten, Verzögerungen, verlängerter Projektlaufzeit und damit auch zu zeitweiser Kurzarbeit bzw. Mehrbelastung bei den Planern und der Projektüberwachung sowie sicherlich zu erhöhten Gesamtprojektkosten.

Wie organisieren Sie die Arbeit im Büro? Welche Erfahrungen machen Sie hierbei?

Bis auf die beiden Partner und den für die Infrastruktur zuständigen Mitarbeiter sind alle im Home-Office. Derzeit läuft der Betrieb dennoch gut, allerdings erwarten wir doch Mehraufwand und Demotivation durch fehlende Rückkoppelung in lebendigen Kommunikationsformaten im Büro. Grundsätzlich war und ist ein großes Maß an infrastruktureller Umstellung erforderlich, was nicht unerhebliche Kapazitäten bindet. Andererseits ist es positiv zu sehen, dass alternative Arbeitsformen nun gezwungenermaßen getestet werden. Allerdings wird eine realistische Bewertung der Effizienz später auf Grund der besonderen Rahmenbedingungen schwer fallen.

Welche Ideen haben Sie, damit Berlin nach der Krise im Bau- und Planungssektor möglichst schnell und gut weiter machen kann?

Wie schon vor Corona: mehr Entscheidungsfreude, Verkürzung der verwaltungsinternen Prüfzeiten für externe Planungen und Beschleunigung der Förderprogrammabläufe und -zusagen.

Sind die finanziellen Unterstützungen des Landes Berlin und des Bundes für die Situation der Berliner Architektur- und Planungsbüros ausreichend?

Nothilfen müssen wir nicht beanspruchen, Kurzarbeit ist aber wohl zeitweise unausweichlich. Bisher kann man nur feststellen, dass die Unterstützung bei der Antragstellung seitens der Verwaltung gut ist.

Kann die Architektenkammer in dieser Situation noch mehr für ihre Mitglieder machen?

(zum Beispiel zur Reihe „Stadt im Gespräch – Berlin im Wandel“) sind auch auf diesem Weg möglich. Dies ist jedoch keine Überraschung, sondern inzwischen gelebte Normalität.

Das große Thema der Sitzung war „Die Stadt im Krisenmodus“. Der Austausch zur Arbeitssituation ergab, dass die meisten Büros der Arbeitskreismitglieder weiterarbeiten, teils mit reduzierter Anwesenheit bzw. im Home-Office. Die Kinderbetreuung zu Hause stellt jedoch ein Problem für einige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Home-Office dar.

Auch die Baustellen laufen weiter, jedoch unter erschwerten Bedingungen. Baufirmen können nicht mit vollen Personalkapazitäten arbeiten und es ist nicht klar, wie sich die Kapazitäten (Arbeitskräfte, Baumaterial) entwickeln und ob diese mittelfristig noch in gleichem Umfang zur Verfügung stehen werden.

In den Berliner Bezirksämtern ist die Präsenz der dort Arbeitenden unterschiedlich. Das führt zur Verlangsamung von Arbeitsprozessen. Die Möglichkeiten des effektiven Umsetzens des Home-Office wird durch die beschränkten Hardware-Ressourcen erschwert. Andere Auftraggeber sind teils mit Home-Laptops ausgestattet, oft aber nur die Leitungsebene und weniger die direkten An-

Das vielleicht noch größere Problem wird nach Corona kommen, wenn die Arbeit wieder anzieht, und das in höherem Tempo, um Zeitverluste wieder einzuholen. Da gilt es schnell wieder fähiges Personal zu finden, welches womöglich gerade erst freigestellt werden musste.

Daher folgende Vorschläge:

1. Es sollte Plattformen geben, auf denen sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber begegnen und schnell und zielgerichtet finden können. Hierbei sind die Kriterien Standort, Arbeitsschwerpunkt und Erfahrung maßgeblich.
2. Weiterhin wird ein wichtiges Thema sein, dass Mitarbeiter beispielsweise im Zuge einer Neueinstellung auch schnell eine Wohnung finden. Ein Pool mit Wohnungsangeboten könnte Kollegen hier helfen. □

Ehrenamtliche Kammerarbeiten in Corona-Zeiten

Am 30. März 2020 tagte der Arbeitskreis Stadtentwicklung und Partizipation erstmals im digitalen Modus. Durchgeführt wurde eine Videokonferenz, zu der sich die Mitglieder, Gäste und die Vertreterin der Geschäftsstelle zusammengeschaltet haben.

Um das Fazit vorwegzunehmen: Es funktioniert, Diskussionen zu Themen des Arbeitskreises und Festlegungen zur weiteren Arbeit

sprechpartner, was zu Verzögerungen in Abläufen führt.

Die Fachgemeinschaft Bau empfiehlt jetzt verstärkt zu planen und zu bauen. Dies erscheint jedoch schwer umsetzbar, da die meisten Aufträge öffentlich ausgeschrieben werden müssen und die entsprechenden Vorläufe lang sind.

Das aktive Vorantreiben der Digitalisierung und die Etablierung neuer Kommunikationsmöglichkeiten wird als Gewinn der Krise gesehen.

Neben der Suche nach Strategien zur Bewältigung der Krise lädt die Situation auch dazu ein, über die Qualitäten unserer Städte nachzudenken. Die allgegenwärtige Leere im öffentlichen Raum insbesondere in den Zentren wirft beispielsweise Fragen über die Versiegelung der Flächen oder grundsätzlich zur Nachhaltigkeit in der Stadt auf. □

Georg Balzer, für die Mitglieder des Arbeitskreises Stadtentwicklung und Partizipation



Foto: Georg Balzer

Leerer Alexanderplatz zu Corona-Zeiten

Neue Berliner Quartiere – neue Qualitäten?

Text: Uwe Rada

Berlin wächst. Ende 2018 hatte die deutsche Hauptstadt 3.644.826 Einwohnerinnen und Einwohner. Um die Wohnungsnot abzubauen, müssen laut Stadtentwicklungsplan Wohnen bis 2030 194.000 neue Wohnungen gebaut werden. Die meisten von ihnen sollen in den 16 so genannten „neuen Stadtquartieren“ entstehen. „In den derzeit festgelegten Stadtquartieren sollen insgesamt ca. 49.050 neue Wohnungen entstehen. Hier werden etwa 100.000 Bewohnerinnen und Bewohner leben und arbeiten können“, heißt es dazu bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen. Wer entwickelt diese Quartiere und welche Qualitäten bieten diese den Bewohnerinnen und Bewohnern und der Stadtbevölkerung?

Europacity

„Aus der Brache formt sich ein Stück Stadt und aus Ödnis wird Urbanität.“ Fast schon poetisch feiert die CA Immo, einer der größten Investoren am Immobilienmarkt in Deutschland, den gegenwärtigen Stand bei der Europacity. Und wirklich: Auf dem 61 Hektar gro-

ßen Areal nördlich des Berliner Hauptbahnhofs entsteht ein neues Stück Stadt. Nur ist es wirklich so urban wie es der Investor behauptet?

Die CA Immo, ein Wiener Projektentwickler, der 2007 die ehemalige Bahntochter Vivico gekauft hat, ist in der Europacity vor allem für das Areal östlich der Heidestraße verantwortlich. Ein großer Teil der Projekte ist fertiggestellt, darunter auch der KunstCampus. Allerdings ist der Name etwas irreführend, denn in dem von Léonwohlhage Gesellschaft von Architekten erstellten Gebäude befinden sich keine Kultureinrichtungen, sondern 120 Eigentumswohnungen. Investor ist die Groth-Gruppe, an die die CA Immo 2012 das Grundstück verkauft hatte.

Gleich daneben, ebenfalls am Berlin-Spandauer Schifffahrtskanal ist in bester Wasserlage ein achtstöckiges Gebäude nach einem Entwurf des Büros Kleihues+Kleihues entstanden. Die CA Immo bewirbt es als „Bürogebäude am Kunstcampus“. Doch auch dieses Gebäude hat nichts mit Kunst zu tun. Ankermieter ist die ABDA – Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände. Aber natürlich

war die Nähe zum Hamburger Bahnhof mit seinem Museum der Gegenwart beim Branding zu verführerisch. Was tut es da zur Sache, dass die Rieckhallen, in denen die Sammlung Flick ausgestellt wird, bald abgerissen werden sollen, um einem weiteren Gebäudekomplex zu weichen? Denn die Nationalgalerie, zu der das Museum im Hamburger Bahnhof gehört, hat die Hallen von der CA Immo nur gemietet. Gut möglich, dass zur Urbanität des Investors dann keine Kunst mehr gehört. Sondern teure Eigentumswohnungen und der Sitz eines Lobbyverbandes.

Vielleicht muss man mit einem Bericht über Berlins neue Quartiere mit solchen Beispielen einsteigen, um zu verdeutlichen, was passiert, wenn die öffentliche Hand die Quartiersentwicklung weitestgehend privaten Investoren überlässt. Zwar gab es einen städtebaulichen Wettbewerb für die Europacity, den das Kölner Architekturbüro ASTOC gewonnen hat. Doch der Stadthafen als Zentrum des neuen Stadtteils wurde nach der Festsetzung des Masterplans durch den Senat aus Kostengründen gestrichen. In städtischer Regie wird in der Europacity deshalb nur der Otto-Weidt-Platz gebaut, der nun gerade anstelle des Hafens entsteht. Außerdem ist ein Steg über den Berlin-Spandauer Schifffahrtskanal geplant.

Anders als in Hamburg bei der Hafencity oder in Tübingen in der Südstadt sind es in der Europacity zwei private Player, die den Takt vorgeben. Neben der CA Immo entwickelt die Taurecon auf dem westlichen Gelände zur Bahn hin das Quartier Heidestraße. Verteilt auf insgesamt sechs verschiedene Bauprojekte sind auf 268.000 Quadratmetern Bruttogeschossfläche Gewerbe- und Einzelhandelsflächen sowie 920 Wohnungen geplant. Insgesamt sollen rechts und links der Heidestraße 3.000 Wohnungen und 10.000 Arbeitsplätze entstehen.

Zentrum des neuen Stadtteils soll die Heidestraße sein, die einmal ein „Boulevard“ werden soll. Dass es bis dahin noch ein weiter Weg ist, weiß auch Berlins Senatsbaudirekto-

BERLINS NEUE STADTQUARTIERE

BERLINS NEUE STADTQUARTIERE	WOHNUNGEN
Blankenburger Süden	ca. 5.000 (2027)
Buch	ca. 4.400 (2021)
Buckower Felder	ca. 800-900 (2021)
Europacity	ca. 3.000 (bereits erfolgt)
Wasserstadt Oberhavel	ca. 4.500-5.500 (bereits erfolgt)
Insel Gartenfeld	ca. 3.000-4.000 (2020)
Johannisthal / Adlershof	ca. 2.000-2.500 (bereits erfolgt)
Ehem. Güterbahnhof Köpenick	ca. 1.800 (2021)
Lichterfelde Süd	ca. 2.500-3.000 (2020)
Michelangelostraße	ca. 1.200 (abhängig vom laufenden Dialogprozess)
Schumacher Quartier	ca. 5.000 (2022)
Ehem. Rangierbahnhof Pankow	ca. 1.500-2.000 (2022)
Neue Mitte Tempelhof	ca. 500 (2027)
Schöneberger Linse	ca. 1.900 (bereits erfolgt)
Siemensstadt 2.0	ca. 2.750 (noch offen)
Gut Hellersdorf	ca. 1.400 bis 1.500 (2020)

rin Regula Lüscher. „Ganz wichtig sind die Erdgeschosszonen im Gebiet“, betonte Lüscher in einem Gespräch auf der von CA Immo betriebenen Website europacity-berlin.de „Ich sage immer, sie müssen kuratiert werden. Man muss sich Gedanken machen: Welche Art von Gewerbe ist an welcher Stelle gewünscht, wie können die Nutzungen aufeinander Rücksicht nehmen, wie lässt sich ein gewisses Niveau halten?“ Lüscher ließ zuletzt durchblicken, dass ihr die Hochparterrelösungen vieler Projekte mit fehlenden Erdgeschoss- und Gewerbebezonen ein Dorn im Auge seien.

Urban, also städtisch, das war einmal der Begriff für Dichte und Mischung städtischer Funktionen auf engstem Raum. Auch eine soziale Mischung gehört zur Urbanität dazu. Für die Urbanität, wie sie Investoren wie die CA Immo propagieren, spielt das aber keine Rolle. Unter den 3.000 Wohnungen, die rechts und links der Heidestraße entstehen und entstehen sollen, sind gerade einmal 270 mietpreisgebunden. Denn der Bebauungsplan für die Europacity wurde zu einem Zeitpunkt festgesetzt, bevor der Berliner Senat das „Modell der kooperativen Baulandentwicklung“ verpflichtend machte. Dieses besagt, dass bei Bauvorhaben auch privater In-

vestoren 30 Prozent der Wohnungen nicht teurer sein dürfen als 6,50 Euro pro Quadratmeter.

Dennoch hat der Senat die Europacity in die Liste seiner „neuen Stadtquartiere“ aufgenommen. Mit dem Masterplan, heißt es zur Begründung, „wurden die Voraussetzungen geschaffen, dass hier ein kompaktes, nachhaltiges und klimagerechtes ‚Quartier der Zukunft‘ entsteht“.

Lichterfelde Süd

Ein anderes der neuen 16 Quartiere befindet sich im Südwesten Berlins und kann auf eine lange, teilweise ungewöhnliche Geschichte zurückblicken. Auf dem 96 Hektar großen Gelände zwischen dem Bahnhof Lichterfelde Süd und der Landesgrenze zu Brandenburg befand sich während des Krieges das Arbeitslager Stalag III D. Nach 1945 wurde es von den US-Streitkräften genutzt. In einer eigens ausgebauten Geisterstadt samt einem U-Bahnhof namens „Parks Range“ probten US-Soldaten den Häuserkampf. Als die Streitkräfte 1994 abzogen, holte sich die Natur das Gelände zurück. Gleichzeitig sorgte eine Reitgemeinschaft für die Entstehung einer offenen Weidelandchaft.

Zu einer Debatte über drei neue Berliner Quartiere lädt die Architektenkammer Berlin in diesem Herbst gemeinsam mit der Bundesarchitektenkammer ein. Voraussichtlich am 17. September stehen die Wissenschaftsstadt Adlershof, der Kunstcampus Heidestraße und das Vergnügungsviertel Mercedes-Benz-Arena im Fokus des Berliner Stadtquartetts 2020.

Als die Groth Gruppe 2012 das Gelände von der CA Immo kaufte, war der Konflikt also vorgegeben. Umweltschutz versus Wohnungsbau. Was folgte, war wohl eines der längsten und umstrittensten Bebauungsverfahren Berlins. Das Ergebnis ist ein klassischer Kompromiss. Ursprünglich wollte Groth auf 39 Hektar des Geländes Wohnungen bauen. Ein vom Bezirk in Auftrag gegebenes Gutachten dagegen plädierte für eine Begrenzung des Baulandes auf 16 Hektar. Als der Investor daraufhin drohte, sich zurückzuziehen, genehmigte der Bezirk 36 Hektar. Eine Bürgerinitiative, die das Vorhaben von Anfang an begleitet hat, lehnt den Kompromiss ab.



Städtebauliches Konzept Europacity, Stand 2009



Masterplan Lichterfelde Süd, Stand 11/2019

Der BUND dagegen trägt ihn mit. „Natürlich wäre es wünschenswert, wenn nur 16 Hektar bebaut würden“, sagt Andreas Faensen-Thiebes, der Leiter des Arbeitskreises Stadtnatur des Umweltverbandes. „Unser Augenmerk liegt aber darauf, dass die Weidelandschaft gerettet wird.“

Das hat der Investor zugesagt. Ab 2020 sollen nun 2.500 Wohnungen gebaut werden, darunter 420 Reihenhäuser. Nur 540 Wohnungen werden preisgebunden sein. Auch da kam der Bezirk dem Investor entgegen. Er schloss mit Groth einen städtebaulichen Vertrag am selben Tag, bevor das „Modell der kooperativen Baulandentwicklung“ nach einer Übergangsfrist in Kraft trat. Statt 30 Prozent gibt es nur 25 Prozent Sozialwohnungen.

Schöneberger Linse

Wer auf dem obersten Deck des Parkhauses am Bahnhof Südkreuz steht, blickt nicht nur auf den Schöneberger Gasometer im Westen, sondern auch auf das Gelände dazwischen. „Schöneberger Linse“ heißt es, benannt nach der Gestalt des Areals zwischen Sachsen-damm und Ringbahn-Trasse. Nun aber soll das ehemals vor allem gewerblich genutzte Areal aus seinem Dornröschenschlaf erwachen.

Das Besondere an diesem „neuen Stadtquartier“: Schon 2006 hat der Bezirk Tempelhof-Schöneberg einen „Gebietsbeauftragten“ für das Quartier ausgesucht. Am Tag der Architektur 2018 führte dann Ulrich Schop vom Büro „Roedig Schop Architekten“ etwa 40 Interessierte über das Gelände. Neben der Sanierung der Teske-Schule, die nach ihrer Nutzung als Flüchtlingsunterkunft wieder als Schulstandort gebraucht wird, so Schop, sollen vor allem Wohnungen und Büros das künftige Quartier bestimmen.

Größter Investor für den Wohnungsbau ist der US-Konzern Hines, der östlich der Gottenstraße und nördlich des Tempelhofer Wegs das „Quartier am Südkreuz“ plant. Dabei geht das Familienunternehmen aus Texas völlig neue Wege, die an den Bedürfnissen der künftigen Bewohnerinnen und Bewohner ausgerichtet sein sollen.

Die Anregungen dazu, sagt Managing Director Joachim Wintzer, kommen aus den USA: „In den USA gibt es in Wohnquartieren sogar Hundewaschstationen. Dort wird das



Rahmenplan Schöneberger Linse, Stand 2020

gemeinsame Waschen und Fönen der Tiere zelebriert“, so Wintzer. „So etwas wäre hier undenkbar. Aber klar ist auch: Der klassische Wohnungsbau reicht nicht mehr. Es boomen Sharing-Angebote, also Möglichkeiten, etwas zu teilen.“

Im Quartier am Südkreuz werden demnächst 665 Wohnungen fertiggestellt. Dabei werden im Rahmen des „Modells der kooperativen Baulandentwicklung“ auch 116 geförderte Wohnungen für 8,50 Euro pro Quadratmeter entstehen. Auch Jugendwohnen ist geplant. Alle Wohnungen sind Mietwohnungen. Der Clou im Angebot von Hines sind aber so genannte „Mehrwert-Amenities“. Damit sind laut Wintzer Angebote gemeint, die so exklusiv sind, dass sie sich ein Einzelner nicht leisten würde. „Das kann alles Mögliche sein. Zum Beispiel das, was viele zu Hause in diesem kaum genutzten „Restezimmer“ stehen haben: Drucker, Schreibtisch, Heimtrainer, Schlafsofa für Gäste. Wenn wir einen Arbeitsbereich zur Verfügung stellen, wo man einen angenehmen Platz mit seinem Laptop findet und keinen eingetrockneten Tintenstrahldrucker, sondern einen A3-Laserdrucker hat, dürfte das Nutzer finden.“

Doch das ist nicht alles, sagt Wintzer. „Gästewohnungen kann ich über eine App buchen,

wenn meine Eltern oder Freunde übers Wochenende zu Besuch kommen. Im Proberaum kann ich Klavier spielen, am Schlagzeug in einer schallgedämmten Garage üben. Statt alleine Serien zu gucken, können die Leute zusammen Sport machen, Public Viewing, Grillfeste, Flohmärkte, Tauschbörsen organisieren.“

Um herauszufinden, ob solche Angebote angenommen werden, schauen die Entwickler von Hines nicht nur in die USA. Auch Baugruppen haben sie schon besucht. „Wir haben uns ein Baugruppenprojekt am Columbiadamm angeschaut, um herauszufinden, wie es anders geht. Wir waren total begeistert: Der Innenhof setzt sich aus verschiedenen Architekturen zusammen. Deshalb haben wir am Südkreuz auch einzelne Häuser entworfen, keinen klassischen Riegel. In der Mitte gibt es einen Park ohne Maschendrahtzaun. Stattdessen gibt es von Büschen abgegrenzte Bereiche, die für Kinder sind, für ältere Leute, Lesecken. Das wird eine Parklandschaft.“

Und noch etwas unterscheidet Hines von Entwicklern wie der CA-Immo in der Europa-City. „Wir verkaufen nicht weiter“, so Wintzer. „Wir bauen für unseren Bestand, den wir auch behalten.“ □

Hochhäuser – ein Gewinn für Berlin?

Stadt im Gespräch – Berlin im Wandel: Kooperation der Architektenkammer Berlin mit der Urania und dem Tagesspiegel

Text: Susanne Sturm

Hochhäuser – ein Gewinn für Berlin? Diese Frage diskutierten am 9. März 2020 in der vollbesetzten Urania Dr. Thomas Flierl, Kultursektor a. D., Regula Lüscher, Senatsbaudirektorin und Staatssekretärin der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Matthias Rottmann, Architektur- und Stadtplanungsbüro De Zwarte Hond und Prof. Matthias Sauerbruch, Sauerbruch Hutton unter der Moderation von Robert Ide, Geschäftsführender Redakteur beim Tagesspiegel.

In der Einführung gab Susanne Sturm, Arbeitskreis Stadtentwicklung und Partizipation der Architektenkammer Berlin, einen kurzen Überblick über die derzeit höchsten Gebäude in Berlin und die geplanten Hochhäuser bis hin zu einigen neuen Wolkenkratzern. Das aktuell beschlossene Hochhausleitbild der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wurde kurz vorgestellt und auf die Forderung der Architektenkammer Berlin hingewiesen, dass für alle neu geplanten Hochhäuser Wettbewerbe nach RPW stattfinden sollen, da diese von besonderer, stadtbildprägender Bedeutung sind.

Mit der Frage, warum in den letzten 30 Jahren so wenige Hochhäuser in Berlin realisiert wurden, eröffnete Robert Ide die Diskussion. Regula Lüscher verwies in ihrer Antwort auf die wirtschaftliche Situation Berlins in der Vergangenheit. Hochhäuser seien teurer zu bauen und stellten für den Investoren ein höheres Risiko dar, da diese nicht in Bauabschnitten realisiert werden könnten. Auf Grund ihrer starken Bedeutung für den öffentlichen Raum habe die Planung von Hochhäusern einen höheren Abstimmungsbedarf und müsse einen Mehrwert für die Allgemeinheit erzeugen.

Prof. Sauerbruch ergänzte, dass die in den 1990er Jahren geplante Hochhausbebauung am Alexanderplatz an der Unzufriedenheit der Bürger scheiterte, die nicht ausreichend in das Verfahren eingebunden waren. Aber auch der Planungsdschungel der Behörden hätte die

Umsetzung in die Länge gezogen. Der Bebauungsplan wurde nicht geändert, aber der Masterplan wurde an die weiterentwickelten Vorstellungen angepasst, was für die Investoren schwierig gewesen sei. So wurde beispielsweise dem Erhalt des Bestandes mehr Wichtigkeit eingeräumt und auch die Höhe der Gebäude verringert.

Durch den Bau des 150 m hohen Alexander-Hochhauses befürchtet Dr. Flierl die Zerstörung der Sichtachse von der Karl-Marx-Allee zum ikonografischen Fernsehturm. Allgemein warnte er vor der Entstehung von neuen Wohnvierteln wie Marzahn oder dem Märkischen Viertel. Er wünscht sich topografische Marken in der Stadt und dass die Hochhauszonierungen definiert werden.

Auf die Frage, wie er sich schöne Hochhäuser vorstelle, entgegnete Matthias Rottmann, ihm sei es wichtiger, dass Hochhäuser städtebaulich richtig gesetzt würden. Berlin habe richtig gehandelt und erst die Baulücken gefüllt. Das Hochhausleitbild sei ihm jedoch zu vorsichtig und die Höhenbeschränkung zu unentschieden.

Dr. Flierl kritisierte, dass das Hochhausleitbild keine räumlichen Festlegungen zu den Standorten von Hochhäusern treffe. Regula Lüscher erläuterte, dass der Kriterienkatalog schon vorgebe, wo Hochhäuser gebaut werden könnten und so die Entwicklung steuerbar sei.

Zum Thema Partizipation äußerte Prof. Sauerbruch, dass es eine stärkere Partizipationskultur in der Stadt gebe als früher. Fraglich sei jedoch die Umsetzung in der Praxis und wie positive Ergebnisse erzielt werden könnten. Lüscher fügte hinzu, dass bei jedem geplanten Hochhaus Bürgerbeteiligung stattfinden, um für Ausgleich und Kompensation zu sorgen und dass zusätzlich durch das Baukollegium eine fachliche Beurteilung erfolge.

Die Frage, ob Hochhäuser geeignet seien, die Wohnknappheit zu lindern, wurde von

den Podiumsgästen kontrovers diskutiert. Hochhäuser bis 60 m könnten laut Lüscher so geplant werden, dass sie auch ohne Querfinanzierung wirtschaftlich wären. So baut auch die städtische Wohnungsbaugesellschaft HO-WOGE bereits Hochhäuser. Bei höheren Gebäuden ist im Hochhausleitbild eine gemischte Nutzung vorgeschrieben und 30 Prozent des Wohnens müssen wie anderenorts als geförderter Wohnungsbau angeboten werden. Rottmann empfiehlt das „hohe Haus“ mit bis zu 40 m Höhe als wirtschaftliche Lösung für den sozialen Wohnungsbau, wohingegen Prof. Sauerbruch Hochhäuser nicht als Problemlöser für günstigen Wohnraum sieht.

Im Anschluss an die Diskussion wurden einige Fragen und Anregungen aus dem Publikum gesammelt. Auf die besorgte Frage einer Besucherin zum unbelebten, städtischen Umfeld von Hochhäusern wies Lüscher auf die Vorgabe der nutzungsgemischten Hochhäuser hin. Die Frage von Andreas Becher (ehemaliger Vorsitzender BDA Berlin), was der Senat tue, um die Bezirke zu ermutigen, mehr Dichte zuzulassen, blieb leider unbeantwortet.

Zum Thema Ökologie sagte Rottmann, der Schaden durch Hochhäuser könne begrenzt werden, jedoch handele es sich bei vielen Projekten zum Beispiel mit Fassadenbegrünung um „green washing“. Ein Baum solle besser neben das Haus als auf die Terrasse des Penthauses gepflanzt werden.

Die Veranstaltung endete mit dem Fazit, dass in der Idee einer vertikalen Stadt eine spezifische, großstädtische Qualität liege, die an bestimmten Punkten der Stadt richtig und gut sei, beispielsweise am Alexanderplatz. □



Upper West, Christoph Langhof und KSP, 2017 (links) und Zoofenster, Christoph Mäckler, 2012

Foto: Architektenkammer Berlin

Einen Stuttgarter Konsens gibt es nicht – differenzierte Debatte über die Zukunft der Baukultur ist notwendig

Text: Bärbel Winkler-Kühlken und Daniel Sprenger

Am 17. März 2020 sollte in Berlin in einer gemeinsamen Sitzung aller Planerverbände aus dem sogenannten Stuttgarter Konsens ein Berliner Konsens erarbeitet werden. Ein weiterer Anlauf war notwendig, da sich die Traditionalisten auch nach zwei Sitzungen weitgehend durchgesetzt hatten. Die letzte Sitzung musste in Zeiten des Coronavirus abgesagt werden. Einen Konsens gibt es daher bisher leider noch nicht.

Zum Hintergrund

Die Baulandkommission hat in ihren abschließenden, zum Teil kritisch diskutierten Empfehlungen 2019 eine Reihe von konkreten Hinweisen zur Weiterentwicklung des Planungsrechts formuliert, um Bauland im Bestand mobilisieren und Innenentwicklung zu Zwecken eines zügigen Wohnungsbaus intensivieren zu können. An deren Umsetzung wird seitdem gearbeitet. Ein unvollständiger Referentenentwurf des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) für ein Gesetz zur Mobilisierung von Bauland (Baulandmobilisierungsgesetz) liegt seit Ende 2019 vor, es fehlen noch Ausführungen des Umweltministeriums zur Lärmproblematik und des Landwirtschaftsministeriums zum Waldbegriff.

„Düsseldorfer Erklärung zum Städtebaurecht“

Mit der „Düsseldorfer Erklärung zum Städtebaurecht“ vom Mai 2019, initiiert und forciert vom privaten Deutschen Institut für Stadtbaukunst an der TU Dortmund um Prof. Christoph Mäckler, meldeten sich Planer in dieser Sache zu Wort, die sich traditioneller Architektur und Stadtplanung verpflichtet fühlen. Sie unterstützten vor dem Hintergrund einer eher großstadt- und gründerzeitbezogenen Interpreta-

tion der „Leipzig Charta zur nachhaltigen Stadtentwicklung aus dem Jahr 2007“ wesentliche vorgesehene Änderungen des Baugesetzbuchs (BauGB) und der Baunutzungsverordnung (BauNVO). Durch Verzicht der Dichteobergrenzen, einer Erweiterung der Nutzungskataloge verschiedener Baugebietstypen und einer Aufweichung des Lärmschutzes sahen sie die Voraussetzungen für mehr gemischt genutzte, urban dichte und schöne Stadtquartiere gegeben. Nutzungsmischung und guter Städtebau scheitern allerdings häufiger an ökonomischen Überlegungen als am Planungsrecht. Andere Empfehlungen der Baulandkommission, die zum Beispiel an das Gemeinwohl adressierten oder bodenpolitische Relevanz hätten, fanden keine Beachtung.

„Gegen die Düsseldorfer Deregulierung“

Sieben namhaften Professorinnen und Professoren für Stadtplanung und Städtebau, unterstützt von Lehrenden aus fast 30 ausbildenden Universitäten und Fachhochschulen formulierten einen fundierten Widerspruch „Gegen die Düsseldorfer Deregulierung“.

Dieser Widerspruch richtet sich gegen die einseitige Fokussierung auf den traditionellen, gründerzeitbezogenen Stadttypus als Argumentationsgrundlage für die geforderten Deregulierungen, die insbesondere in von Wachstum geprägten Großstädten weiterer Verdichtung der Innenstädte und damit auch der Bodenspekulation bzw. der leistungslosen Erhöhungen von Grundstückswerten Raum bieten.

Dies widerspricht der bundesdeutschen Vielfalt an Siedlungsstruktur- und Quartierstypen, ihrer jeweiligen Entstehungshistorie und vor allem den unterschiedlichen Herausforderungen von dynamisch wachsenden, stagnierenden oder gar schrumpfenden Städten und

Gemeinden. Planungsrecht muss bundesweit unabhängig von Gemeindegröße und Entwicklungsdynamik die Stadtentwicklung steuern können. An die Stelle eines historisierenden Städtebaus muss eine „Stadtzukunftsplanung“ treten, die aktuelle sozioökonomische und ökologische Herausforderungen in resiliente Gebäude- und Raumstrukturen oder kurz einen zukunftsfähigen Städtebau ermöglicht.

Baukulturelle, differenzierte Debatte ist notwendig

Ferner weisen auch die SRL „Gegen die deregulierte Stadt – für eine geordnete städtische Vielfalt!“ und kritische Stimmen anderer Verbände, wie BDA, BDLA und weitere mit Nachdruck auf den Reformbedarf des Planungsrechts in BauGB und teilweise auch in der BauNVO hin. Sie fordern jedoch statt der vorschnellen Aufgabe bewährter Instrumente eine ganzheitliche gemeinsame Betrachtung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für nachhaltige und lebenswerte Städte und Gemeinden unter Berücksichtigung möglicher Wechselwirkungen.

Denn vieles ist bereits möglich, die vorhandenen Instrumente werden nicht ausgeschöpft. Größere städtebauliche Dichten sind zum Beispiel mit § 17 BauNVO umsetzbar, wenn die Überschreitung der gebietsbezogenen Obergrenzen städtebaulich begründet ist und ausgeglichen wird. Das Planungsrecht ist stetig weiterentwickelt und an neue Entwicklungen und Leitbilder angepasst worden. Im Ergebnis bietet es eine weitgehend bewährte Grundlage zur Aushandlung von Nutzungsmischung und –dichten sowie zur Abwägung von Partikular- und Gemeinwohlinteressen.

Ansatzpunkte für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung müssten der sich dynamisch entwickelnde Gewerbebereich sein. Hier sollte über die Nutzung der Vorteile neu-

er Technologien sowie über die grundsätzliche Definition modernen Gewerbes und die Chancen einer dynamische gewerbliche Nutzungsfestsetzungen nachgedacht werden. Die steigende Nachfrage nach hochverdichteten gemischten Wohngebieten könnte sowohl zu Anpassungen bestehender Gebietstypen wie auch zur Einführung eines neuen Baugebiets für urbanes Wohnen in der BauNVO führen.

Klima- und Bodenschutz

Hohe bauliche Dichten erfordern eine sorgfältige Berücksichtigung umweltbezogener Belange und die qualifizierte Ausstattung mit Grün- und Freiflächen in Zeiten der doppelten Innenentwicklung, die bei der baulichen Entwicklung von Flächenreserven auch den Blick auf urbanes Grün fordert. Die Einführung einer Biotopflächenkennziffer könnte dabei ebenso Standards setzen, wie die baurechtliche Verankerung eines qualifizierten Freiflächenplans.

Dagegen ist die beabsichtigte unbefristete Wiedereinsetzung des am 31. Dezember 2019 abgelaufenen § 13b „Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren“ BauGB auf jeden Fall zu verhindern. Er ermöglicht die vereinfachte Erstellung von Bebauungsplänen unter bestimmten Voraussetzungen im Außenbereich. Diese Regelung fördert, wie die bisherige Erfahrung gezeigt hat, weitere Zersiedlung gerade durch ländliche Gemeinden, widerspricht den städtebaulichen Zielen der Innenentwicklung und dem umweltpolitisch erforderlichen sparsamen Umgangs mit Grund und Boden!

Die Novellierung bedarf der breiten und tragfähigen Mehrheit

Die begonnene baukulturelle Debatte zur Weiterentwicklung des Planungsrechts ist mit Blick auf die laufende Novellierung in allen Planungsverbänden zu vertiefen. Eine Mei-

nungsführerschaft des Dortmunder Instituts für Stadtbaukunst darf es dabei nicht geben. Anstatt einen Konsens auf Grundlage der Düsseldorfener Erklärung zu suchen, müssen die Planerverbände eine umfassende Novellierung anstreben, um in der anstehenden, voraussichtlich wieder sehr kurzfristigen Verbändebeteiligung gemeinsam mit einer kompetenten zukunftsorientierten Stimme zu sprechen. □

Nach der letzten Änderung des Baugesetzbuches (BauGB) 2017, soll die aktuelle Novellierung insbesondere die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen zur Mobilisierung von Bauland weiter verbessern. Der weitere Zeitplan für die Novellierung ist angesichts der aktuellen Situation derzeit offen.

Auswirkungen der Corona-Pandemie auf beauftragte Planungsleistungen für das Land Berlin

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen sagt Unterstützung für Berliner Stadtplanungsbüros zu

Text: Bärbel Winkler-Kühlken

Laut Antwort auf einen Brief der AG Stadt, einem losen Zusammenschluss Berliner Stadtplanungsbüros, verfolgt Senatorin Katrin Lompscher mit ihrem Hause weitreichende Strategien und Maßnahmen, um negative wirtschaftliche Folgen möglichst gering zu halten. So seien Vorziehen und zeitliche Streckungen oder auch Umwidmungen von Leistungen nach Absprache möglich. Dies betrifft zum Beispiel Partizipationsaufgaben, die durch das Kontakt- und Versammlungsverbot nicht wie geplant durchgeführt werden, aber durch alternative Formate erbracht werden können. Zur Liquiditätssicherung können au-

ßerplanmäßige oder vorgezogene Rechnungslegungen vereinbart werden, begrenzt sogar Abschlagszahlungen für noch nicht erbrachte Leistungen. Auch zur Finanzierungssicherheit für leistungsgebundenes Personal und Fixkosten für Betreuungsaufträge sollen Lösungen gefunden werden. Planungsverfahren und -prozesse sind nicht nachfrageabhängig. Daher sollen laufende Verträge, Vergabeverfahren sowie Vorbereitungen weiterer Vergaben auch fortgeführt werden.

Diese Maßnahmen sollen bedarfsbezogen, nach Absprache und vorerst bis zur Aufhebung der Kontakt- und Veranstaltungseinschränkungen gelten. Die Strategien und Maß-

nahmen wurden als Empfehlungen auch an die Bezirke weitergegeben. Ein großes Entgegenkommen stellen diese Angebote auf jeden Fall dar, die für eine grundsätzlich vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Planungsbüros und Senatsverwaltung sprechen.

Wichtig wäre, dass diese Angebote dabei nicht nur für Projekte der Stadtentwicklung, sondern auch für alle anderen Planungsaufgaben für die öffentliche Hand gelten. Schauen wir, ob den Worten auch Taten folgen. □

Bewerbungsverfahren da! Architektur in und aus Berlin 2021

Online-Bewerbung bis 15. Juni 2020 unter ak-berlin.de

Während gerade erst am 6. März 2020 im stilwerk unter großer Beteiligung der Öffentlichkeit die Ausstellung „da! Architektur in und aus Berlin“ eröffnet wurde und dort für vier Wochen zu sehen war, ruft die Architektenkammer aktuell zum Bewerbungsverfahren für die Ausstellung „da! Architektur in und aus Berlin“ 2021 auf. Ob kommunaler Wohnungsbau oder privates Eigenheim, ob Bildungsbau, Gewerbe oder Stadtplanung, ob in Berlin oder anderswo realisiert, gesucht sind Projekte aller Fachrichtungen.

Bis Mitte Juni 2020 haben alle Berliner Kammermitglieder und Mitglieder der Brandenburgischen Architektenkammer wieder die Chance, neue, fertiggestellte Arbeiten für die kommende Ausstellung einzureichen.

Verfahren und Bewerbungsunterlagen

Das diesjährige Bewerbungsverfahren ist bis zum 15. Juni 2020 online. Die Bewerbungen sind unter ak-berlin.de auszufüllen und für jedes Projekt um eine DIN A3-Mappe zu ergänzen.

Kostenbeteiligung

Der Teilnahmebeitrag von 200,00 Euro deckt partiell die Kosten für die Ausstellung und das Jahrbuch. Nicht ausgewählte Bewerberinnen und Bewerber erhalten den Teilnahmebeitrag zurückerstattet.

Einsendeschluss: Montag, 15. Juni 2020

Teilnahmeberechtigte Personen

Mitglieder der Architektenkammern Berlin und Brandenburg

Teilnahmeberechtigte Projekte

Mitglieder der Architektenkammer Berlin dürfen weltweit realisierte Projekte einreichen.

Mitglieder der Brandenburgischen Architektenkammer dürfen nur in Berlin realisierte Projekte einreichen. Der Zeitraum der Projektfertigstellung muss innerhalb der letzten zwei Jahre (1. Juli 2018 bis 30. Juni 2020) liegen, mit Ausnahme der Fachrichtung Landschaftsarchitektur, für die sieben Jahre (1. Juli 2013 bis 30. Juni 2020) gelten. In der Fachrichtung Stadtplanung können auch fertiggestellte Projekte, Teilrealisierungen, abgeschlossene Konzepte oder Planungen eingereicht werden. Projekte, die bereits in den vergangenen Jahren als Bewerbung eingereicht wurden, sind nicht mehr teilnahmeberechtigt.

Auswahlgremium

Ein siebenköpfiges Gremium mit sechs Vertreterinnen und Vertretern aus allen vier Fachrichtungen und einer Person aus dem Bereich Kultur/Medien tagt im September 2020 und wählt aus allen eingereichten Arbeiten die Projekte für die Ausstellung und das Jahrbuch aus.

Ausstellung

Alle ausgewählten Projekte werden in einer mehrwöchigen Ausstellung „da! Architektur in und aus Berlin“ im stilwerk Berlin gezeigt. Die Ausstellungseröffnung ist für März 2021 geplant.

Jahrbuch

Das Jahrbuch der Architektenkammer Berlin, ARCHITEKTUR BERLIN | BUILDING BERLIN 10, erscheint begleitend zur Ausstellung „da! Architektur in und aus Berlin“. Jedes ausgestellte Projekt wird darin veröffentlicht.

Internet

Auf der Homepage der Kammer, ak-berlin.de, werden alle Projekte in der Rubrik „Baukultur“ veröffentlicht.

Beratung

Medien- und Öffentlichkeitsarbeit
T 030 . 29 33 07 - 0
kammer@ak-berlin.de

BEWERBUNG ZUR DA! 2021

Neben dem Bewerbungsformular und den Teilnahmebedingungen finden Sie online auch Informationen zur Besetzung des Auswahlgremiums.

 ak-berlin.de



Meine vertikale Stadt

Auslobung Schülerwettbewerb 2020/2021

Die Architektenkammer Berlin und die Brandenburgische Architektenkammer loben einen länderübergreifenden Schülerwettbewerb aus. „Meine vertikale Stadt“ lädt Schülerinnen und Schüler in Berlin und Brandenburg dazu ein, sich mit der Entwicklung unserer heutigen Städte, Dörfer und Siedlungen zu beschäftigen.

Nach dem großen Erfolg des gemeinsamen Schülerwettbewerbs „Mein Bauhaus – Meine Moderne“ mit 225 Einreichungen wurde entschieden, erneut einen Wettbewerb auszuloben. Für diesen wurde ein Online-Formular entwickelt, mit dem sich Berliner und Brandenburger Schulen mit ihrem Wettbewerbsbeitrag aus dem Schuljahr 2020/2021 bis zum 6. Mai 2021 bewerben können.

Die Metropole Berlin wächst. Der Druck auf die innerstädtischen Bezirke nimmt stetig zu, was sich auch an den stark gestiegenen Grundstückspreisen ablesen lässt. Wie also bauen unter diesen Voraussetzungen? Eine Möglichkeit zeichnet sich bereits ab: Berlin baut in die Höhe!

In Brandenburg zeigt sich ein differenziertes Bild von Wachstum und Schrumpfung. Die historisch gewachsenen Städte rund um Berlin sind zunehmend Wachstumsorte, die einer guten Anbindung an Berlin bedürfen. Das direkte Umland der Metropole boomt, hier kommt es darauf an, der Zersiedelung der Landschaftsräume entgegen zu wirken. In anderen Regionen gibt es Modelle urbaner Dör-

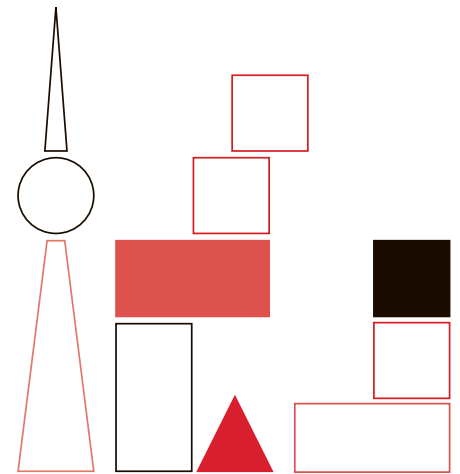
fer mit gemeinschaftlichen Wohn- und Arbeitsformen.

Die Gemeinsamkeit von Stadt und Land besteht darin, dass der Boden eine wichtige Ressource ist, die nicht nachwächst und somit zu schützen ist.

Wie wollen wir in Zukunft Wohnen, Arbeiten, Sport machen, Einkaufen, Kultur erleben? Wie stellen wir uns die Gebäude für unsere Zukunft vor? Das sind spannende Fragen und herausfordernde Rahmenbedingungen, die die Politik und die Stadt- und Landbevölkerung beschäftigen. Die Architektenkammern Berlin und Brandenburg legen dabei besonderen Wert auf die Meinung der jüngsten Bewohnerinnen und Bewohner.

Die Schülerinnen und Schüler sollen sich mit Leer- und Potenzialflächen im eigenen Kiez oder im eigenen Umfeld befassen und diese Auseinandersetzung dokumentieren. Anschließend soll überlegt werden, welche Nutzungen sie sich und den Anwohnenden zusätzlich anbieten wollen. Es soll ein Projekt entwickelt werden, das sich mit den Voraussetzungen des jeweiligen Umfelds unter dem Aspekt des flächensparenden Bauens in unseren Städten, Dörfern und Siedlungen beschäftigt. Es gilt Nutzungen zu bündeln und zu konzentrieren, dabei darf gerne auch mal hoch gestapelt werden.

Teilnahmeberechtigt sind Schülerinnen und Schüler aller Schulformen Berlins und Brandenburgs. Für den Schülerwettbewerb sind nur Gruppenarbeiten zugelassen. Wie die Auf-



gabe aufgeteilt und bearbeitet wird, bleibt den Teilnehmern überlassen. Am Ende sollen die Einzelleistungen zu einem gemeinsamen Projekt zusammenwachsen. Entscheidend für die Bewertung der Jury ist das Ergebnis der gesamten Klasse/Kurs/Arbeitsgemeinschaft.

Es kann fächerübergreifend und fächerverbindend in allen Schulfächern gearbeitet werden. Eine Zusammenarbeit von Lehrkräften und Mitgliedern der Architektenkammern ist dabei sehr zu begrüßen und ein Gewinn für alle Beteiligten.

Die Jury setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Institutionen, Presse, Fachlehrkräften und Mitgliedern der Architektenkammern zusammen.

Insgesamt stehen als Preissumme 3.000 Euro zur Verfügung. Die Preise werden nach Altersgruppen vergeben: 1. bis 6. Klasse, 7. bis 10. Klasse, 11. bis 13. Klasse. Je Altersgruppe werden drei Preise ausgereicht.

Die Kammern unterstützen Schulen gerne bei der Durchführung. Bei einer Informationsveranstaltung, voraussichtlich am 14. September 2020, sind alle interessierten Schulen und Architektinnen und Architekten eingeladen, ihre Fragen zu stellen, sich untereinander auszutauschen und zu vernetzen. Bis zum 6. Mai 2021 können dann die Wettbewerbsbeiträge eingereicht werden. Nach der Jurysitzung werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Mitte Juni 2021 über das Ergebnis benachrichtigt und am 20. August 2021 werden im Rahmen des Sommerfestes der Architektenkammer Berlin feierlich die Preise verliehen. □

SCHÜLERWETTBEWERB „MEIN BAUHAUS - MEINE MODERNE“ BEI DEN DEUTSCHEN NOMINIERUNGEN FÜR DIE GOLDEN CUBES AWARDS 2020!

Mit den Golden Cubes Awards würdigt das „Architecture and Children Work Program“ der internationalen Architektenvereinigung UIA zum vierten Mal Initiativen der baukulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen.

Das Ergebnis des Endausscheids (April 2020) lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor. Die Preisverleihung soll im Juli auf dem UIA-Kongress in Rio de Janeiro stattfinden.

Kampagnenstart! #HOAI

Mit zwei Slogans startet eine Kampagne, die schnell und einfach klarmachen soll, dass es bei einer sorgfältigen Planung und Bauüberwachung nicht um das Sparen, sondern um Qualität gehen muss: „PLANUNG IST WERTVOLL #HOAI“ und „GEGEN PREISDUMPING #HOAI“ verweisen auf die HOAI, der geltenden Honorarordnung für Architekten und Ingenieure. Dies auch, und gerade weil sich mit der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes vom Juli 2019 für den Entfall der Verbindlichkeit der Mindest- und Höchstsätze grundlegende Voraussetzungen in der Kommunikation von Architekturbüros mit Bauherren geändert haben. Neben Gestaltung und Konzept tritt nun (häufiger) der Preis stärker in den Vordergrund. Ergab sich das Architektenhonorar bisher vorrangig aus den Rahmenbedingungen eines Projektes, wird es nun vermehrt zum Bestandteil von

GEGEN PREISDUMPING #HOAI

Verhandlung und Überzeugungsarbeit. Dies gilt gerade bei der Zusammenarbeit mit privaten Bauherren. Die Ergebnisse des Berliner Kammerforum vom 13. Februar 2020 (siehe DAB 4/2020) zur Zukunft der HOAI zeigten aber auch, dass die HOAI weiterhin ein wertvolles Instrument zur Stärkung des Leistungswettbewerbs sein wird. Gleichmaßen gewinnen die richtige Kommunikation und Imagefragen an Bedeutung und werden damit zum Wirtschaftsfaktor.

Die Bundesarchitektenkammer hat daher mehrere HOAI-Buttons entwickelt, die als grafisch markanter „Stempel“ oder „Störer“ deutlich machen sollen, wie wertvoll Planung ist und dass Preisdumping ein großes Risiko für den gesamten Berufsstand darstellt. Die Architektenkammer Berlin setzt sich mit der Beteiligung an dieser Kampagne intensiv für die Zukunft der HOAI und für faire Preisgestaltungen ein. Alle Mitglieder sind aufgerufen, sich daran zu beteiligen und auf diese Weise einen solidarischen Beitrag für den gesamten Berufsstand zu leisten. Auch dies wurde beim

Kammerforum deutlich: Nur ein solidarisches Miteinander und das gemeinsame Verständnis, welche Angebote den Bauherren zu unterbreiten sind, schützen den Berufsstand langfristig vor Dumping und unwirtschaftlichen, letztlich ruinösen Vertragsabschlüssen.

Die Einsatzmöglichkeiten für die HOAI-Buttons sind vielfältig. Sie können als E-Mail-Signaturen, auf der eigenen Internetseite oder auf Publikationen verwendet werden oder als Aufkleber gedruckt und verteilt werden. Es gilt in der jetzigen Phase, eine klare Position zu beziehen, die die mittelständischen Strukturen von Planungsbüros nicht gefährdet.

Die Bundesarchitektenkammer und die Berliner Kammer bieten im Internet umfassende Informationen und den Download der HOAI-Buttons. □

📄 bak.de/berufspolitik/hoai-planung-ist-wertvoll

Bundesweite Befragung zur Büro- und Kostenstruktur

Die Bundesarchitektenkammer führt in Zusammenarbeit mit den Länderkammern vom 4. Mai bis zum 15. Juni 2020 wieder eine Online-Befragung unter allen Kammermitgliedern durch. Sowohl die angestellten als auch die selbstständig bzw. gewerblich tätigen Mitglieder aus den Fachrichtungen Architektur, Innenarchitektur, Landschaftsarchitektur und Stadtplanung sind zur Teilnahme eingeladen. Neben Fragen zum individuellen Tätigkeitsfeld und zu den beruflichen Rahmenbedingungen stehen in diesem Jahr Fragen zum HOAI-Urteil des Europäischen Gerichtshofs, zur Digitalisierung und zum nachhaltigen Bauen im Blickpunkt. Ergebnisse der Befragung werden

im Herbst 2020 auf der Internetseite der Bundesarchitektenkammer veröffentlicht. Auch das Deutsche Architektenblatt wird die Ergebnisse in Auszügen vorstellen. Zur Teilnahme an der Umfrage wird ein persönliches Passwort benötigt, welches Sie mit einem persönlichen Einladungsschreiben erhalten. □

📄 bak.architektenbefragung.de/

Tag der Architektur

Alljährlich findet am letzten Juniwochenende bundesweit der Tag der Architektur statt. Der Architektenkammer Berlin ist sehr daran gelegen, auch in diesem Jahr und unter Berücksichtigung der aktuellen Lage, qualitätsvolle Baukultur sichtbar zu machen. Derzeit werden verschiedene Formate geprüft, die es Planenden und Bauherren ermöglichen, sich auszutauschen und interessierte Besucherinnen und Besucher hinter die Kulissen ihrer Arbeit blicken zu lassen. Die große Bereitschaft der ausgewählten Teilnehmenden, auch neue und ungewohnte Formate für Projektführungen und offene Büros auszuprobieren, lässt hoffen, dass wir am 27. und 28. Juni 2020 in Berlin zum Tag der Architektur einladen können. □

📄 ak-berlin.de

MITGLIEDERNACHRICHTEN

Sitzung des Eintragungsausschusses am 25. März 2020

In die Architektenliste des Landes Berlin wurden eingetragen:

Freischaffende Architektinnen und Architekten (gesamt 9*)

Dipl.-Ing. Nina Barthelemy

Dipl.-Ing. Jessica Faskel

M.A. Ana Filipovic Mecke

Cand.Arch. Jakob Findeisen

Dipl.-Ing. Marsil Hanen

Dipl.-Ing. Max Leinenkugel

Dipl.-Ing. Peter Mackensen

Architektinnen und Architekten (gesamt 30*)

Dr. Fiorentino De Martino

M.Sc. Clarissa Dorsch

M.A. Josephin-Mercedes Groth

Mag.Arch. Konrad Hofmann

M.A. Assel Iskakova

M Arch Ba Ly

M.Sc. Ivo Manov

M.A. Justus Menten

M.A. Carolin Miller

M.Sc. Robert Mitschke

mag.inz.arch. Martin Novanski

Dipl.-Ing. Dorit Przyborowski

M.Ing. Nikola Samardzija

M.A. Robert Schwitzky

Arch. Luigi Villani

Dipl.-Ing. Beatrix von Gehren

M.Sc. Tzu-Ling Wang

Mag.arch. Markus Willeke

B.A. Heike Witte

Dipl.-Ing. Andrea Wunderlich

Innenarchitektinnen und Innenarchitekten (gesamt 6*)

M.Sc. Phattarin Dejsuwannachai

M.A. Lena Krämer

M.A. Lisa-Marie Ohlerich

B.A Victor Reichert

Es wurden folgende Löschungen vorgenommen:

Freischaffende Architektinnen und Architekten (gesamt 3*)

Dipl.-Ing. (FH) Osman Akbar

Dipl.-Ing. Alexander Tabakoff

Architektinnen und Architekten (gesamt 1*)

In der Stadtplanerliste wurden folgende Löschungen vorgenommen:

Freischaffende Stadtplanerinnen und Stadtplaner (gesamt 1)

Dipl.-Ing. Bauass. Reiner Lehmkuhl

* Die nicht aufgeführten Neumitglieder bzw. gelöschten Mitglieder haben der Veröffentlichung nicht zugestimmt.

Jung, aber Denkmal: Internationale Bauausstellung 1984/87

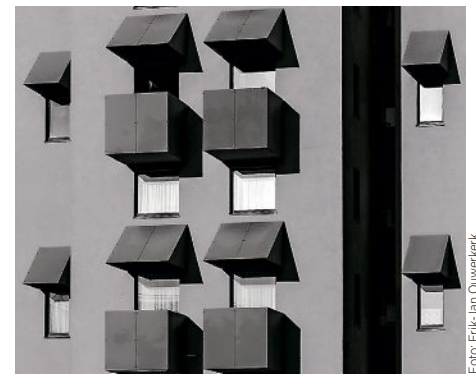
Veranstaltung des Landesdenkmalamts Berlin und der Architektenkammer Berlin in Kooperation mit der Berlinischen Galerie und moderneREGIONAL

Die Internationale Bauausstellung (IBA) 1984/87 in Berlin (West) hat Architekturgeschichte geschrieben. Mit dem Anliegen, die Stadt zu reparieren, wurden Altstadtviertel behutsam erneuert und Neubauquartiere auf historischem Stadtgrundriss entworfen.

Ein repräsentativer Querschnitt der damals entstandenen Bau- und Gartendenkmale steht inzwischen unter Denkmalschutz. Das Landesdenkmalamt Berlin möchte diese jungen Denkmale in Zusammenarbeit mit der Architektenkammer Berlin vorstellen. Die IBA 1984/87 ging bewusst von der bestehenden Stadt aus und entwickelte sie weiter. Kann diese Haltung für das wachsende Berlin 2020 ein Vorbild sein?

Darüber diskutieren Denkmalpfleger, Stadtplaner und Verantwortliche aus der Politik:

- Ephraim Gothe, Stellvertretender Bezirksbürgermeister und Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit in Berlin-Mitte
- Prof. Dr. Elisabeth Merk, Stadtbaurätin München, Leitung Referat für Stadtplanung und Bauordnung
- Dr. Cordelia Polinna, Geschäftsführende Gesellschafterin von URBAN CATALYST GmbH
- Dr. Andreas Salgo, Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (BLDAM)



IBA-Projekt: Wohnturm Kreuzberg von John Hejduk

Termin: Montag, 25. Mai 2020, 20 Uhr
Ort: Urania Berlin oder online als Livestream

Aktuelle Informationen unter:

ak-berlin.de

berlin.de/landesdenkmalamt

Seminare und Veranstaltungen der Architektenkammer Berlin

Aufgrund der aktuellen Entwicklung zum Coronavirus informieren wir Sie, dass unsere Präsenzfortbildungsveranstaltungen in der Architektenkammer weiterhin ausgesetzt werden – voraussichtlich noch bis Ende Mai 2020.

Seminare, die sich für eine digitale Vermittlung eignen, bieten wir seit Ende März als Webinare an und haben damit bereits sehr gute Erfahrungen gemacht. Es hat sich jedoch gezeigt, dass ganztägige Seminare, die nicht interaktiv angelegt sind, möglichst auf zwei Tage verteilt werden sollten, um die Konzentrationsfähigkeit nicht zu überfordern. Unsere Dozenten werden von einem erfahrenen Expertenteam unterstützt und können sich so

mit allen technischen und didaktischen Möglichkeiten von Online-Seminaren vertraut machen. Alle Veranstaltungen, für die eine digitale Form nicht sinnvoll ist, werden in der zweiten Jahreshälfte mit neuen Terminen angeboten. Bereits angemeldete Teilnehmer werden von uns gesondert informiert. Wir bitten jedoch um Geduld, bis wir Ihnen akzeptable Alternativen anbieten können. Technisch abgewickelt werden die Webinare durch einen externen Dienstleister. Dieser ist für alle Fragen der Dozenten und Teilnehmenden vor und während der Veranstaltung per Chat ansprechbar. Folgende Voraussetzung sind für eine Teilnahme erforderlich: Ein Computerar-

beitsplatz mit stabiler Internetverbindung und eine Soundkarte, Lautsprecher oder Kopfhörer (alternativ kann der Ton auch über Telefon empfangen werden). Die Teilnahmegebühr bleibt wegen der zusätzlichen Kosten für den technischen Service und die didaktische Beratung trotz im Einzelfall kürzerer Webinarzeiten gleich. Bereits erfolgte Seminaranmeldungen können aber kostenfrei storniert werden, wenn eine Teilnahme an einem Webinar nicht möglich oder nicht gewünscht ist. Auf der Homepage finden Sie jeweils den aktuellen Stand zum Fortbildungsangebot der Kammer und den geplanten Webinaren.

 **ak-berlin.de**

Datum	Ort	Veranstaltungen und Referenten	Veranstaltung	Gebühr
Montag, 4. Mai 2020, 16.00 bis 18.00 Uhr	ak-berlin.de	Architektur in Fahrt - Die Mobilitätswende braucht Architektur und Stadtplanung! Dipl.-Ing. Hille Bekic, freischaffende Architektin, hb°architektur, Berlin	Webinar (2 UE)	20,00 Euro Mitglieder 20,00 Euro Absolv. 40,00 Euro Gäste
Dienstag, 12. Mai 2020, 16.00 bis 20.15 Uhr	ak-berlin.de	Das öffentliche Vergaberecht für Einsteiger Dr. Benedikt Overbuschmann, Zirngibl Langwieser Rechtsanwälte Partnerschaft, Berlin	Webinar (5 UE)	70,00 Euro Mitglieder 70,00 Euro Absolv. 140,00 Euro Gäste
11 Termine an Freitagen und Samstagen, Beginn 15. Mai 2020	ak-berlin.de	Der Weg zum Bauwerk: Seminarreihe für Absolvierende und junge Berufstätige Modulkoordination Dipl.-Ing. Frank Assmann, Architekt sowie verschiedene Dozentinnen und Dozenten	Webinar bis zur Aufhebung der Corona-Beschränkungen (82 UE)	750,00 Euro Mitglieder 750,00 Euro Absolv. 950,00 Euro Gäste
Dienstag, 19. Mai 2020, 16.00 bis 20.15 Uhr	ak-berlin.de	Öffentliches Vergaberecht für Fortgeschrittene - rechtssichere Konzeption u. Durchführung von Vergabeverfahren Dr. Benedikt Overbuschmann, Zirngibl Langwieser Rechtsanwälte Partnerschaft, Berlin	Webinar (5 UE)	70,00 Euro Mitglieder 70,00 Euro Absolv. 140,00 Euro Gäste
Mittwoch, 20. Mai 2020, 9.30 bis 18.00 Uhr	ak-berlin.de	Aufbauseminar neue DIN 276 - sicherer Umgang mit den Neuerungen der Kostenplanung Univ.-Prof. (em.) Dr.-Ing. Wolfdietrich Kalusche, Architekt und Wirtschaftsingenieur, Cottbus	Webinar (8 UE)	75,00 Euro Mitglieder 75,00 Euro Absolv. 150,00 Euro Gäste
Montag, 25. Mai 2020, 20.00 Uhr	Urania Berlin oder online als Livestream, siehe dazu ak-berlin.de	Jung, aber Denkmal: Internationale Bauausstellung 1984/87 Weitere Informationen Seite 16	Podiumsdiskussion	Eintritt frei Anmeldung nicht erforderlich

Ausführliche Informationen finden Sie im Internet unter ak-berlin.de oder Sie fordern diese telefonisch in der Geschäftsstelle an: (030) 29 33 07-0.